



Ressort: Mixed News

## Wie Bolsonaros Äußerungen den Regenwald zerstörten

Bonn, 30.09.2026 [ENA]

Wie Bolsonaros Äußerungen den Regenwald zerstörten.

Studie der Uni Bonn zeigt, dass politische Rhetorik allein das Verhalten der Menschen verändern kann.

Der ehemalige brasilianische Präsident Jair Bolsonaro hat durch Äußerungen gegen den Waldschutz zur Abholzung beigetragen. Das zeigt eine internationale Studie unter der Leitung der Universität Bonn. Demnach beschleunigte sich die Zerstörung des

Amazonas-Regenwaldes dann stark, wenn Bolsonaro und seine Minister Anti-Waldschutz-Botschaften auf Twitter veröffentlicht hatten. Brasiliens Umweltbehörden wurden während Bolsonaros Amtszeit stark geschwächt. Unabhängig davon zeigt die Analyse, dass allein schon ein als geringer wahrgenommenes Bestrafungsrisiko ein relevanter Treiber der Abholzung war. Die Forscher schätzen, dass durch die Kraft der Worte bis zu 1.700 Quadratkilometer Wald zerstört wurden – fast die doppelte Fläche Berlins. Die Ergebnisse wurden im „The Journal of Politics“ veröffentlicht.

Können politische Entscheidungsträger beeinflussen, ob sich die Gesellschaft an gesetzliche Vorschriften hält – allein durch das, was sie sagen? Die aktuelle Studie zeigt am Beispiel Brasiliens, dass dies durchaus der Fall sein kann. In dem riesigen Land befindet sich der größte Teil des Amazonas-Regenwaldes. Im Jahr 2018 wählten die Brasilianerinnen und Brazilianer Jair Bolsonaro zu ihrem Präsidenten. In den ersten Monaten seiner Amtszeit äußerten er und seine Minister sich wiederholt abfällig zum Schutz dieses wertvollen Ökosystems.

Die Studie zeigt, dass Äußerungen der Bolsonaro-Regierung die Zerstörung des Waldes beschleunigt haben. „Wir haben Daten der Initiative ‚MapBiomass Alerta‘ analysiert“, erklärt Dr. Gustavo Magalhães de Oliveira. „Diese überprüfen und validieren Entwaldungswarnungen aus verschiedenen Quellen, die ganz Brasilien abdecken. Zudem haben wir mehr als 3.600 Twitter-Beiträge untersucht, die Bolsonaro und seine Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Auswärtige Angelegenheiten im Jahr 2019 veröffentlicht haben.“ Die Forscher analysierten, welche davon ein geringeres Bestrafungsrisiko bei Verstößen gegen Umweltgesetze signalisierten. Insgesamt identifizierten sie 38 solcher Beiträge.

- Abholzung hängt von der Reichweite der Äußerungen ab -

### Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16  
D-85055 Ingolstadt  
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660  
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661  
Email: [contact@european-news-agency.com](mailto:contact@european-news-agency.com)  
Internet: [european-news-agency.com](http://european-news-agency.com)

### Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



## International Press Service.....

Politische Botschaften haben nur dann eine Wirkung, wenn sie nicht ungehört verhallen. Die Forscher schätzten daher die Twitter-Reichweite für 578 Gemeinden im Amazonasgebiet ab. Dazu analysierten sie, wie viele Tweets, die mit dem Thema „Wald“ in Zusammenhang stehen, dort zwischen 2015 und 2018 von Bürgern gepostet worden waren. Je höher die Twitter-Aktivität einer Kommune ist, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass entsprechende Tweets der Regierung dort nicht ungelesen bleiben.

„Wir gehen davon aus, dass sich solche Botschaften durch Mundpropaganda verbreiten“, erklärt der Postdoktorand am Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomie (ILR) der Universität Bonn. „Befürworter teilen sie, Kritiker teilen sie ebenfalls, und vor Ort wird darüber gesprochen, bis sie die Menschen erreicht, die tatsächlich über die Abholzung entscheiden. Sie lesen darin ein politisches Signal.“ Die Analyse ergab eine unmittelbare und weitreichende Reaktion: In den am stärksten exponierten Regionen nahm die Abholzung in den Monaten deutlich zu, in denen Bolsonaro und seine Minister Beiträge gegen den Waldschutz veröffentlicht hatten. „Die Auswirkungen beschränkten sich nicht auf Twitter“, erklärt Dr. Oliveira.

„Wir sehen das gleiche Muster, wenn wir andere Formen der Mediennutzung analysieren, wie zum Beispiel Berichte im Fernsehen.“

- Effekt hängt mit wirtschaftlichen Anreizen zusammen -

Interessanterweise stellten die Forscher fest, dass die Regierungs-Äußerungen keinen Einfluss auf kommunale Umweltstrafen oder Abholzungsverbote hatten. „Unsere Analyse deutet darauf hin, dass die Menschen aufgrund der Botschaften ihre Erwartungen ändern, inwieweit sie bei einem Gesetzesverstoß belangt werden“, betont Oliveira. „Der Effekt ist also nicht darauf zurückzuführen, dass sich die Durchsetzung der Waldschutzgesetze vor Ort änderte.“

Das Phänomen scheint durch wirtschaftliche Anreize getrieben zu sein. So fielen die Regierungs-Botschaften in Kommunen mit hoher Unterstützung für Bolsonaro nicht auf fruchtbareren Boden als anderswo. Dagegen war der Effekt dort stärker, wo sich hohe landwirtschaftliche Gewinne erzielen lassen und wo die Naturschutzpolitik die Abholzung in der Vergangenheit eingeschränkt hat. Die Forscher schätzen, dass allein im Jahr 2019 zwischen 190 und 1.700 Quadratkilometer Wald den Äußerungen der Bolsonaro-Regierung zum Opfer fielen.

Die Studie liefert Belege dafür, wie mächtig Worte sein können – zumindest wenn sie von Personen mit großem politischen Einfluss stammen. Es ist sehr gut möglich, dass dieser Effekt über das Thema

### Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16  
D-85055 Ingolstadt  
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660  
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661  
Email: [contact@european-news-agency.com](mailto:contact@european-news-agency.com)  
Internet: [european-news-agency.com](http://european-news-agency.com)

### Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service.....

Waldschutz und den Kontext des brasilianischen Amazonasgebiets hinausgeht.

- Beteiligte Institutionen und Finanzierung:

Neben der Universität Bonn waren die University of Texas at Dallas (USA) und die Wageningen University (Niederlande) an der Studie beteiligt. Die Forschung wurde durch das „Bonn SDG Fellowship Programm“ der Universität Bonn, das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL),

die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) im Rahmen der deutschen Exzellenzstrategie sowie das EU-Programm „Horizon“ finanziert. Dr. Gustavo Magalhães de Oliveira und Prof. Dr. Jan Börner sind Mitglied im Transdisziplinären Forschungsbereich „Sustainable Futures“. Das Exzellenzcluster PhenoRob der Universität Bonn hat das Projekt unterstützt.

Publikation: Gustavo Magalhães de Oliveira, Elías Cisneros, Jorge Sellare, Jan Börner: Anti-Environmental Signals and Deforestation: Evidence from Brazil; The Journal of Politics; DOI: <https://doi.org/10.1086/744065>

Bericht online lesen:

[https://schulz.en-a.de/mixed\\_news/wie\\_bolsonaros\\_usserungen\\_den\\_regenwald\\_zerstoerten-94487/](https://schulz.en-a.de/mixed_news/wie_bolsonaros_usserungen_den_regenwald_zerstoerten-94487/)

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Wilhelm Fussel

---

**Redaktioneller Programmdienst:  
European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16  
D-85055 Ingolstadt  
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660  
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661  
Email: [contact@european-news-agency.com](mailto:contact@european-news-agency.com)  
Internet: [european-news-agency.com](http://european-news-agency.com)

**Haftungsausschluss:**

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.